

Niederschrift

über die 24. öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses
der Stadt Schortens

Sitzungstag: Mittwoch, 01.06.2011
Sitzungsort: Rathaus Heidmühle, Oldenburger Str. 29
Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 18:55 Uhr

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender Horst-Dieter Freygang

Ausschussmitglieder Peter Eggerichs
Karl-Heinz Groenhagen
Axel Homfeldt
Dieter Köhn
Susanne Riemer
Manfred Schmitz
Utta Schüder
Wilfried Sutorius

Grundmandat Janto Just

Von der Verwaltung
nehmen teil: Bürgermeister Gerhard Böhling
StOAR Elke Idel
VA Uta Bohlen-Janßen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt neben den Vertretern der Presse die anwesenden Einwohner.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

3. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 02.03.2011 - öffentlicher Teil,
Antrag RM Just vom 27.03.2011 auf Änderung der Niederschrift

RM Just beantragt mit obigem Schreiben die Niederschrift zu TOP 10 wie folgt zu ändern:

„Nach kontroverser Diskussion zu den von RM Just vorgeschlagenen Konsolidierungspunkten ruft der Vorsitzende RM Just wegen „Beleidigung von Mitarbeitern“ zur Ordnung. Zur Begründung gab der Vorsitzende an, es hätten ja alle gehört, was Herr Just gesagt habe.“

Der Vorsitzende verweist darauf, dass laut Geschäftsordnung ein Beschlussprotokoll und kein Wortprotokoll in den Fachausschüssen gefertigt wird.

BM Böhling verweist auf Anfrage des Vorsitzenden im Hinblick auf den Vorschlag laut Antrag von RM Just, den Ordnungsruf aus dem Protokoll zu streichen, dass dieses nicht möglich ist, da der Ordnungsruf tatsächlich erfolgt ist. Hier wäre ggf. der Rechtsweg der Klage vor dem Verwaltungsgericht zu beschreiten. Dieses wird laut Antwort von RM Just nicht erwünscht.

Der Antrag auf Änderung der Niederschrift wird abgelehnt. Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

6. 1. Quartalsbericht 2011 Teilhaushalt 11 -
Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung **SV-Nr. 06//1212**

VA Bohlen-Janßen erläutert den Bericht und die Zielerreichung für das 1. Quartal, welche bei den Fachbereichen nachgefragt wurde. Auf Nachfrage von RM Schüder teilt sie mit, dass es sich bei den privatrechtlichen Entgelten in Ziffer 6 um Erbbauzinsen, Mieten und Pachten handelt. Auf Nachfrage zu dem Zielerreichungsgrad teilt StOAR Idel mit, dass dieses ihre eigene Einschätzung zur Zielerreichung darstellt, da sie verantwortlich für den Teilhaushalt ist.

7. 1. Quartalsbericht 2011 Teilhaushalt 61 - Allgemeine Finanzwirtschaft
SV-Nr. 06//1213

VA Bohlen-Janßen erläutert den Bericht und teilt mit, dass in Ziffer 1 - Steuern - alle Steuereinnahmen der Stadt enthalten sind. Da die erste Zahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer erst zum 01.05. des Jahres erfolgt, ist dieser noch nicht enthalten. Die aktuellen Zahlen werden zu TOP 8 berichtet.

8. Bericht zur Haushaltsentwicklung - Steuern, allgemeine Umlagen und Zuweisungen **SV-Nr. 06//1214**

StOAR Idel erläutert die Entwicklung der wichtigsten Erträge des Teilhaushaltes 61 und teilt mit, dass sich der aktuelle Stand der Gewerbesteuer aufgrund Nachfestsetzung in erheblicher Höhe derzeit auf 1,755 Mio beläuft. Weiterhin liegen zwischenzeitlich die regionalisierten Ergebnisse der Steuerschätzung Mai 2011 vor. Diese spiegeln jedoch nicht die tatsächliche Entwicklung in Schortens und können daher nur bedingt herangezogen werden.

Auf Nachfrage von RM Just zu der Abrechnung der Konzessionsabgaben teilt sie mit, dass sich der Betrag des aktuellen Haushaltsjahres zusammensetzt aus der endgültigen Abrechnung des Vorvorjahres (hier 2009) und Abschlägen, die aus der vorläufigen Abrechnung des Vorjahres (hier 2010) berechnet werden. Maßgeblich für die Höhe der Konzessionsabgaben sind die Verbräuche Strom und Gas. BM Böhling ergänzt hierzu, dass dies wie bei der Schmutzwassergebühr zu sehen ist. Hier erfolgt auch eine Vorauszahlung entsprechend des vorherigen Zeitraumes und dann eine endgültige Abrechnung entsprechend des tatsächlichen Verbrauches.

9. Stromentwicklung 2008 bis 2010 **SV-Nr. 06//1211**

VA Bohlen-Janßen erläutert den Bericht und teilt auf Nachfrage von RM Schüder mit, dass auch der Verbrauch in der Tarifgruppe Verwaltungseinrichtungen gesunken ist. Für die Tarifgruppe Schulen und Kindertagesstätten ist der Verbrauch konstant. Die Senkung des Verbrauches im Bereich Aqua-Toll von 2010 zu 2009 ist darin begründet, dass der Verbrauch 2009 aufgrund eines Wasserschadens stark gestiegen war.

BM Böhling führt aus, dass die Stadt grundsätzlich ein Interesse an geringeren Energieverbräuchen hat - dieses nicht nur aus Kostengründen sondern auch aus ökologischen Aspekten. Weiterhin soll insbesondere für den Bereich Straßenbeleuchtung überprüft werden, ob sich die getätigten Investitionen amortisiert haben. Auf Nachfrage teilt er mit, dass 4/5 der Straßenbeleuchtung ausgetauscht wurde.

Der Vorsitzende verweist auf einen Bericht mit Kostenplanung vor Austausch der Straßenbeleuchtung. Controlling sagt Überprüfung zu.

10. Antrag CDU-Fraktion auf Aufstellung eines Bürgerhaushaltes
SV-Nr. 06//1215

RM Homfeldt begründet den Antrag der CDU-Fraktion. Dieser soll dahin verstanden werden, dass der Bürgerhaushalt 2012 sich in einem ersten Schritt mit den bereits festgestellten freiwilligen Leistungen befasst. Diese sollen auf der Internetseite dargestellt werden. Weiterhin sollen Informationsveranstaltungen und Befragungen durchgeführt werden.

RM Schüder teilt mit, dass die Aufstellung eines Bürgerhaushaltes bereits von 5 Jahren im Wahlkampf von den GRÜNEN gewünscht wurde und begrüßt daher den Antrag grundsätzlich. Sie verweist jedoch auf den großen Arbeitsaufwand. Weiterhin verweist sie auf den engen Zeitkorridor, da bereits im September der neue Rat gewählt wird. Auf ihre Nachfrage nach dem Projekt Bürgerbeteiligung der Bertelsmann-Stiftung aus den Jahren 2000 - 2004 teilt BM Böhling mit, dass sich die Stadt damals an anderen Works-Shops - z. B. Neue Steuerung - beteiligt hat.

RM Schüder stellt den Antrag, im Laufe des Verfahrens einen Vertreter einer Kommune einzuladen, die bereits einen Bürgerhaushalt eingeführt haben. Diesem wird einstimmig zugestimmt.

RM Eggerichs verweist darauf, dass Kommunen in NRW bereits seit 2001/2002 Bürgerhaushalte eingeführt haben. Dieses sei auch für Schortens wünschenswert, jedoch solle hierüber der neue Rat entscheiden, da die Zeitschiene wegen der Kommunalwahl sehr eng ist. Die Einführung eines Bürgerhaushaltes muss gut vorbereitet werden. Weiterhin verweist er auf folgende Problemlagen:

- Teilweise sind freiwillige Leistungen, wie Wirtschaftsförderung nichtöffentlich und können daher kaum dargestellt werden.
- Zuschüsse an Vereine und Verbände könnten unter Gesichtspunkten des Lobbyismus betrachtet werden.
- Im Finanzbereich sind umfangreiche Personalwechsel eingetreten und Einarbeitungsphasen erforderlich.
- Die Einführung der Doppik ist noch nicht abgeschlossen.
- Die Verwaltung hat in diesem Haushalt umfangreiche Zielvorgaben.
- Der Haushalt 2012 soll wieder eher verabschiedet werden.

Er beantragt daher, dass sich der neue Finanz- und Wirtschaftsausschuss des neuen Rates in der ersten Sitzung hiermit befasst und die weitere Beratung auf 2012 verschoben wird. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

RM Sutorius teilt mit, dass auch nach seiner Einschätzung eine Befragung mit entsprechender Auswertung sehr personalaufwendig ist.

RM Just findet die Aufstellung eines Bürgerhaushaltes grundsätzlich

gut.

Hierbei dürfen aber nicht nur die freiwilligen Leistungen dargestellt werden, sondern diese müssen im Rahmen eines umfassenden Konzeptes im Kontext zu der Leistungsfähigkeit der Stadt und deren Schuldenstand gesehen werden. Dem Bürger ist insbesondere darzustellen, welche Positionen beeinflussbar sind, wie z.B. Erhöhung der Steuern und Gebühren. Er verweist hierzu auf den Bericht der Nieders. Kommunalprüfungsanstalt, TOP 11 der Tagesordnung. Insofern sollte der nächste Rat über den Antrag entscheiden.

RM Just beantragt daher zunächst ein Konzept zu erstellen und zu beschließen und danach den Bürgerhaushalt einzuführen. Der Antrag wird abgelehnt.

BM Böhling begrüßt grundsätzlich eine Bürgerbeteiligung und schlägt die Beauftragung eines entsprechenden Konzeptes mit schrittweiser Umsetzung vor. Hierbei könne aber bereits vorher mit den freiwilligen Leistungen begonnen werden, da dieses nicht so zeitaufwendig ist.

Nach einer Sitzungsunterbrechung begründet RM Homfeldt den Antrag weitergehend, dass ein Beginn jetzt erfolgen sollte, da es sich die Stadt aufgrund der Haushaltslage nicht leisten kann, auf eine gute Idee zu verzichten. Die Liste der freiwilligen Leistungen ist vorhanden und muss für den Bürger entsprechend erläutert werden. Eine Veröffentlichung über das Internet stelle kein Problem dar. Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe für die nächsten Jahre sei wünschenswert und wäre eine Bereicherung der politischen Arbeit.

Dieses wird von RM Freygang unterstützt. Der Prozess Bürgerhaushalt sollte jetzt eingeführt werden. Auf mögliche Schwierigkeiten kann nicht immer Rücksicht genommen werden.

RM Homfeldt erweitert daher den Antrag dahin, dass über das Gesamtkonzept Bürgerhaushalt der neue Rat entscheidet.

Es wird zu Ziffer 1 mehrheitlich bei vier Enthaltungen und zu Ziffer 2 einstimmig empfohlen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

1. Zu den Beratungen des Haushaltes 2012 wird eine Beteiligung der Bürger zu den freiwilligen Leistungen der Stadt durchgeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Aufstellung eines Bürgerhaushalts für den neuen Rat zu erarbeiten.
2. Zu den weiteren Beratungen zur Einführung eines Bürgerhaushaltes wird ein Vertreter einer Kommune mit entsprechender Praxiserfahrung in diesem Bereich eingeladen.

11. Bericht über die überörtliche Prüfung - Haushaltsjahre 2007 bis 2009
SV-Nr. 06//1216

StOAR Idel erläutert die Berichtsvorlage.

RM Eggerichs beantragt zu diesem TOP eine Sondersitzung oder eine interfraktionelle Sitzung.

RM Homfeldt teilt mit, dass das Ergebnis der Prüfung positiv und auf die gute Arbeit von Verwaltung und Rat zurückzuführen ist. Die Ergebnisse der Prüfung sind für alle in den nächsten Jahren zu beachten. Es muss allerdings auch gesehen werden, dass das Kinderbetreuungskonzept bewusst beschlossen wurde.

Der Vorsitzende teilt mit, dass im Haushalt 2011 bereits 80% der Ergebnisse des Prüfungsberichtes durch die Zielvereinbarungen umgesetzt werden. Weiterhin fragt er nach der Beteiligung der Kommunalaufsicht im Rahmen des Prüfungsverfahrens. Die Verwaltung teilt mit, dass der Bericht dieser von der Kommunalprüfungsanstalt zur Kenntnis gegeben wurde.

RM Eggerichs ergänzt hierzu, dass die Kommunalaufsicht des Landkreises die rechtlichen Prüfungsfeststellungen im Rahmen der Haushaltsgenehmigung ggf. aufgreifen wird.

RM Just teilt mit, dass der Bericht viele Anregungen und Feststellungen beinhaltet, die weiter evaluiert werden müssen. Er hat hierzu umfassende Fragen. Insgesamt sei die Sitzungsvorlage der Verwaltung zu dürftig und gehe nicht auf die im Bericht festgestellten freiwilligen Leistungen und Verschuldenssituation ein.

BM Böhling entgegnet hierzu, dass dieses sehr wohl auf Seite 2 der Berichtsvorlage von der Verwaltung zusammenfassend dargestellt ist.

Es besteht Einvernehmen zu diesem TOP eine Sondersitzung durchzuführen. Fragen an die Verwaltung zu dem Bericht sollen 14 Tage vorher übersandt werden, um eine entsprechende Vorbereitung zu ermöglichen.

12. Neufassung Richtlinie über die Aufnahme von Krediten
SV-Nr. 06//1217

StOAR erläutert die Notwendigkeit der Anpassung der bisherigen Richtlinie.

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Rat möge beschließen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Richtlinie über die

Aufnahme von Krediten wird beschlossen.

13. Anfragen und Anregungen:

Es werden keine Anfragen gestellt.